

# Vom „Z“ zum „C“

---

Parteipolitische Weichenstellungen der frühen Nachkriegszeit

## **WOLFGANG TISCHNER**

Geboren 1967 in Berlin, Abteilungsleiter Publikationen / Bibliothek, Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am 19. November 1948 wurde in einer Pressekonferenz mitgeteilt, dass der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz

und damit wichtigste Repräsentant der katholischen Kirche in Deutschland, der Kölner Kardinal Josef Frings, den Präsidenten des Parlamentarischen Rates und Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) in der britischen Besatzungszone, den früheren Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, gebeten habe, ihn als Mitglied der

CDU zu betrachten. Diese knappe Nachricht, heute fast vergessen, war eine der folgenreichen Weichenstellungen für die Innenpolitik der späteren Bundesrepublik. Sie wurde von der Wählerschaft wahrgenommen als deutliche Parteinahme der katholischen Kirche in der Auseinandersetzung zwischen dem wiederbegründeten Zentrum und der neu entstandenen, interkonfessionellen CDU.

Drei Jahre zuvor, nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur im Frühjahr 1945, war die Frage der politischen Orientierung der Christen noch völlig offen: Sollten sich die Anhänger einer christlich ausgerichteten, demokratischen Staatsordnung wie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik erneut anhand der konfessionellen Linien organisieren – auf katholischer Seite in einer Wiederbegründung der Zentrumspartei und bei den Protestanten zersplittert über liberale und konservative Parteiströmungen –, oder würde die Erfahrung der gemeinsamen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus helfen, die jahrhundertealten gegenseitigen konfessionellen Vorbehalte zu überwinden und eine gemeinsame Partei aller Christlichen Demokraten zu begründen?

Die Antwort zeichnete sich schon in den ersten Monaten nach Kriegsende ab, man ist fast versucht zu sagen, auf basisdemokratische Weise: Überall in den vier Besatzungszonen kam es zu „Gründungskernen“ (Hans-Otto Kleinmann) einer interkonfessionellen Christlich-Demokratischen Partei, die ganz unterschiedliche Namen wie etwa „Christliche Partei“, „Christliche Volkspartei“ oder „Christlich-Soziale Volkspartei“ führten. Schnell setzte sich der in Berlin gefundene Name „Union“ durch, der dezidiert gewählt

wurde, um durch den historischen Anklang auch Protestanten den Schritt zu einer gemeinsamen Partei zu erleichtern. Dabei bildeten häufig katholische Geistliche und ehemalige Zentrumsmitglieder die Initiatoren.

## RÜFFEL AUS DEM VATIKAN

Allerdings kam es, vor allem im Rheinland und in Westfalen, auch zur Wiedergründung der Zentrumspartei. Neben der Verwurzelung in der Tradition waren dabei oft der Wunsch nach einer „unverfälscht“ katholischen Partei und eine Fortsetzung der wirtschafts- und sozialpolitisch deutlich linkeren Zentrumspositionen die entscheidenden Gründe. Zahlenmäßig waren auch in der britischen Besatzungszone die CDU-Gründungen im Vorteil, und bei etlichen Kontakten zwischen der offiziell am 14. Oktober 1945 in Soest neu begründeten Zentrumspartei und den deutschen Bischöfen zeichnete sich bereits die Sympathie der Mehrheit des Episkopats für eine interkonfessionelle Partei ab. Problematisch für die CDU war das Zentrum vor allem dadurch, dass es drohte, die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der CDU zu gefährden.

Bei den Kommunalwahlen im neu gebildeten Nordrhein-Westfalen erreichte die CDU im Oktober 1946 46 Prozent, das Zentrum 6,1 Prozent. Bei den Landtagswahlen im April 1947 waren es nur noch 37,5 Prozent, während das Zentrum auf 9,8 Prozent zugelegt hatte. Bei Konrad Adenauer, dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Besatzungszone, ließ dies die Alarmglocken schrillen. Im Laufe der nächsten Monate wurde er mehrfach

brieflich oder persönlich bei Kardinal Frings vorstellig, um sich über angeblich zu zentrumsnahe katholische Geistliche zu beklagen oder eine offensivere Festlegung der katholischen Kirche auf die CDU zu fordern. Als im September 1948 der Parlamentarische Rat in Bonn zusammentrat und gleichzeitig der Münsteraner Bischof Michael Keller, der vielleicht profilierteste Zentrumssympathisant im deutschen Episkopat, seine Geistlichen zu strikter Neutralität verpflichtet hatte – was de facto dem Zentrum nützte –, drangen Adenauers Argumente beim Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz durch. Am 2. November 1948 teilte Frings Adenauer brieflich mit, dass er darum bitte, ihn „persönlich als Mitglied der CDU zu führen“.

Frings hatte damit eindeutig seine Kompetenzen überschritten: Ihm selbst war völlig bewusst, dass sein Schritt gegen Artikel 32 des 1933 abgeschlossenen Reichskordats verstieß, der die Entpolitisierung der katholischen Geistlichkeit vorschrieb und ihr parteipolitische Tätigkeit untersagte. Sozialdemokraten und Liberale stürzten sich im Parlamentarischen Rat begeistert auf die staatskirchenrechtlich zumindest problematische Mitgliedschaft von Frings, tappten dabei freilich in eine Bauernfalle. Die parlamentarische Diskussion und vor allem die Presseberichterstattung darüber – „der Kardinalfehler“, wie mehrere Zeitungen titelten – brachten die Parteinahme für die CDU erst recht ins öffentliche Bewusstsein.

Auf Anweisung von Papst Pius XII., der als Nuntius in Deutschland zu Zeiten der Weimarer Republik die Abschlüsse von Konkordaten vorangetrieben hatte, sollte das Reichskordat unbedingt beachtet werden. Auch innerhalb des Episkopats neigte zwar eine Mehrheit um den einfluss-

reichen Berliner Kardinal Konrad von Preysing der CDU zu; eine endgültige Entscheidung über eine öffentliche Festlegung war jedoch keineswegs gefallen. Die Quitzung folgte prompt: Obwohl Pius XII. nicht dazu tendierte, seine Bischöfe oder gar Kardinäle zu desavouieren, musste Frings auf vatikanische Anweisung nach einem „Rüffel“ (so Frings wörtlich) seinen Austritt aus der CDU erklären. Allerdings schob er auf Bitten Adenauers die Veröffentlichung seines Austritts bis zur Verkündung des Grundgesetzes Ende Mai 1949 hinaus, damit dieser Schritt nicht als Missbilligung verstanden werden konnte. Die Entscheidung über die Parteipräferenz der katholischen Kirche war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon gefallen: In der westdeutschen katholischen Öffentlichkeit war die CDU als Partei mit dem Segen der katholischen Kirche etabliert, das Zentrum damit dauerhaft marginalisiert.

## WEIT MEHR ALS „NEUES ZENTRUM“

Bei den ersten Bundestagswahlen im August 1949 erreichten CDU/CSU 31 Prozent, das Zentrum 3,1 Prozent. Die Union war damit auf Anhieb auf gesamtstaatlicher Ebene erfolgreicher als das Vorkriegs-Zentrum zu seinen besten Zeiten; die Strategie der konfessionellen Öffnung zahlte sich aus. Dies verdeutlicht schon, dass die von Liberalen und Sozialdemokraten gepflegte Wahrnehmung der CDU als „neues Zentrum“ viel zu kurz griff.

Entscheidend für die Gründung der Union war die veränderte kirchliche Perspektive auf die interkonfessionelle Zusammenarbeit. Zwar hatte es auch

schon im Zuge der Etablierung der Weimarer Republik vereinzelte Bereiche interkonfessioneller Zusammenarbeit gegeben, etwa 1919 in der Frage der Konfessionsschulen oder bei der Freien Wohlfahrtspflege, aber dies war nur punktuell erfolgt. Die Erfahrung der NS-Diktatur führte in beiden Kirchen zu einem Umdenken; das Gemeinsame überlagerte konfessionelle Animositäten jetzt deutlich. Dies ermöglichte überhaupt erst eine interkonfessionelle christliche Partei, das wohl wichtigste Unterscheidungskriterium im Parteiensystem der Bundesrepublik zur Weimarer Republik.

Die Mitarbeit evangelischer Christen in der Union brachte aus Sicht der Katholiken eine Reihe von Problemen mit sich, die vor allem das nun distanziertere Verhältnis zum Staat und die Heterogenität der politischen Vorstellungen auf evangelischer Seite betraf. Etwa in Fragen der Konfessionsschulen oder eines staatlichen Religionsunterrichts gingen die Meinungen zwischen konservativen Lutheranern oder Unierten, wie dem CDU-nahen Berliner Bischof Otto Dibelius und bruderräglich orientierten Anhängern der Bekenndenden Kirche, weit auseinander. Auf der „Habenseite“ freilich gelang der Ausbruch aus dem „Zentrumsturm“; anders als das Zentrum wurde die CDU durch die Verdoppelung ihres Wählerpotenzials erstmals strukturell mehrheitsfähig. Während das Zentrum auf Reichsebene immer nur ein kleinerer Koalitionspartner sein konnte, war die CDU von Anfang an in der Lage, der bestimmende Partner einer Koalition zu sein. Plötzlich bestand eine realistische Chance, das eigene Parteiprogramm als Richtschnur für den Aufbau eines neuen demokratischen deutschen Staates durchsetzen zu können.

Eine weitere wesentliche Veränderung ergab sich aus den Bestimmungen des Reichskordats. Hitler hatte, um ein Wiederentstehen des Zentrums dauerhaft zu verhindern, auf dem Entpolitisierungsartikel 32 bestanden, der eine Parteimitgliedschaft von katholischen Geistlichen verbot. Wenn man sich an die Rolle Geistlicher im Zentrum erinnert – zuletzt etwa des ehemaligen Parteivorsitzenden Ludwig Kaas, der bei der Abstimmung über das NS-Ermächtigungsgesetz und bei der Selbstauflösung des Zentrums 1933 eine unrühmliche Rolle gespielt hatte –, kann man durchaus die These aufstellen, dass Hitler sowohl der katholischen Kirche als auch der christlichen Demokratie unfreiwillig einen großen Gefallen getan hat.

## **DER „RICHTIGE ABSTAND“ ZU DEN KIRCHEN**

Die Geistlichen standen in der Zentrumspartei in einer doppelten Loyalität gegenüber Kirche und Partei, was mitunter schwierig wurde und was taktisch fähige Gegner wie Otto von Bismarck auch ständig auszunutzen versuchten. In der CDU, die sowieso anfangs mit Akzeptanzproblemen im evangelischen Volksteil zu kämpfen hatte, wären politische Prälaten kaum vermittelbar gewesen. Der richtige Abstand zur katholischen (Amts-)Kirche war somit in der Nachkriegszeit entscheidend für den Erfolg der CDU als interkonfessionelle Partei – also genau entgegengesetzt zur Situation im Zentrum.

Auch in der Organisation und dem Selbstverständnis beider Kirchen hatte die Zeit von 1933 bis 1945 zu gravierenden Veränderungen geführt. Im deutschen

Katholizismus war es unter dem Druck der Repression des Regimes zu einem Rückzug auf kirchliche Strukturen gekommen, einer „Verkirchlichung“ (Heinz Hürten). Etliche katholische Vorfeldorganisationen, wie etwa die Caritas-Vereine oder die Jugendarbeit, hatten sich unter das Dach der Bistumsverwaltungen geflüchtet, mit der Konsequenz, dass die Selbstorganisation durch Laien, eigentlich ein genuines Merkmal des deutschen Katholizismus, deutlich gegenüber der Zeit der Weimarer Republik zurückgedrängt war. Auf evangelischer Seite war eine unbedingte Staatsfixiertheit, ein Erbe des Summepiskopats bis 1918, in eine tiefe Skepsis gegenüber jeder staatlichen Macht umgeschlagen.

Folgenreich war katholischerseits der Entschluss, den „Volksverein für das katholische Deutschland“ nicht wieder auflieben zu lassen. Der heute vergessene Volksverein, 1890 unter anderem von Ludwig Windthorst begründet, zählte zu seinen Hochzeiten etwa 800.000 Mitglieder und bildete das zentrale Instrument der Selbstorganisation der katholischen Laienschaft in Deutschland. Der Volksverein fungierte als Organisator katholischen Vereinswesens, betrieb die Weiterbildung in einer Art Volkshochschulwesen, vor allem im Bereich der christlichen Gewerkschaften, und bildete insbesondere den organisatorischen Unterbau des Zentrums. Das Zentrum war im heutigen Sinne vor 1933 eigentlich keine Partei, sondern eine Art Honoratioren-Wahlverein. Wahlkampf, die Organisation von Veranstaltungen und die Mobilisierung der Wähler wären ohne den Volksverein nicht möglich gewesen. Die Entscheidung der deutschen Bischöfe, mit dem erst 1952 gebildeten Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine deutlich stärkere Anbin-

dung der katholischen Laien an die kirchlichen Strukturen zu versuchen, ermöglichte eine eigenständige Parteiorganisation der CDU, machte eine solche aber auch zwingend notwendig.

## **WELTANSCHAULICHE MITGIFT DER PROTESTANTISCHEN SEITE**

Außerdem gab es eine kleine, aber feine „weltanschauliche Mitgift“ von der evangelischen Seite: eine Gruppe protestantischer Wirtschaftswissenschaftler um die sogenannte Freiburger Schule, die in den Endjahren der Weimarer Republik und während der NS-Zeit die Grundgedanken des Ordoliberalismus formuliert hatte. Wirtschaftspolitisch gab es im Zentrum im Kaiserreich und in Weimar eigentlich keine geschlossene Programmatik – die christlichen Gewerkschaften übten innerhalb des Zentrums großen Einfluss aus, die eigentliche wirtschaftspolitische Kompetenz lag jedoch immer bei den liberalen Parteien, und das Zentrum hatte wenig Neigung, sich hier hervorzutun.

Die evangelischen Wirtschaftswissenschaftler und -politiker – Alfred Müller-Armack, Franz Böhm, Franz Etzel und andere – wurden nach 1945 entscheidend dafür, dass die CDU nicht die programatisch eher wirtschaftsdistanzierte Politik des Zentrums fortsetzte, sondern den Ordoliberalismus mit der Katholischen Soziallehre in einem innerparteilichen Kompromiss zur „Sozialen Marktwirtschaft“ verschmelzen konnte. Während das „Ahlinger Programm“ von 1947 mit seinen Forderungen nach Vergesellschaftung der Energiewirtschaft und planwirtschaftlicher Lenkung noch weitgehend

den damaligen wirtschaftspolitischen Vorstellungen des (katholischen) Gewerkschaftsflügels entsprach, sind die „Düsseldorfer Leitsätze“ vom Juli 1949 die Geburtsstunde des Wirtschafts- und Sozialprogramms der CDU, wie es in seinen Grundzügen bis heute besteht. Verfasst von einer Arbeitsgruppe unter maßgeblicher Leitung von Franz Etzel als Programm für die Bundestagswahlen 1949, wurde ein Ausgleich zwischen sozialpolitischer Bindung des Eigentums und wirtschaftlicher Freiheit sowie Garantie des Eigentums gefunden. Dieses sozial- und wirtschaftspolitische Fundament der Bundesrepublik hat nur in der interkonfessionellen Union entstehen können.

In der Folge entwickelte sich die Programmatik von Union und Nachkriegs-Zentrum immer weiter auseinander. Die

Union wurde in den 1950er-Jahren zur Partei des Wirtschaftswunders und der Westbindung, mit Ludwig Erhard als ihrer (protestantischen) „Wahlkampflokomotive“. Das Zentrum wurde hingegen marginalisiert.

#### **Literatur**

Morsey, Rudolf: „Adenauer und Kardinal Frings 1945–1949“, in: ders.: Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, N. F., Bd. 80, Schöningh Verlag, Paderborn/München/Wien/Zürich 1997, S. 686–702.

Trippen, Norbert: Josef Kardinal Frings (1887–1978). Band 1: Sein Wirken für das Erzbistum Köln und für die Kirche in Deutschland, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 94, Paderborn/München/Wien/Zürich 2003, S. 344–353.